

18. SEP



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31 - 33
Fernschreiber 0 886 890

P/XVI/210 - 18. September 1961

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite: Zeilen:

1 - 2 Die Verpflichtung des 17. September 1961 82

Jetzt politische Tatbestände gemeinsam untersuchen!

Kommentar zum Wahlergebnis

3 Willy Herneberg ist nicht mehr 33

Im Gedenken an den Präsidenten des
Berliner Abgeordnetenhauses

* * *
* *

Die Verpflichtung des 17. September 1961

Jetzt politische Tatbestände gemeinsam untersuchen!

sp - Das Ergebnis der Bundestagswahl vom 17. September 1961 ist ein entscheidender Einschnitt in der Entwicklung der deutschen Nachkriegsgeschichte im freien Teil unseres Vaterlandes. Die politische Vormachtstellung der CDU/CSU wurde gebrochen, es gibt keine Ein-Partei-Herrschaft mehr und noch weniger eine Ein-Mann-Herrschaft.

- * Altbundeskanzler und Parteivorsitzender Dr. Adenauer hat *
- * erkennen müssen, dass die Mehrheit der Wähler die in den *
- * vergangenen Jahren oft schon das Maß des Erträglichen *
- * überschreitende Selbstgefälligkeit und Rechthaberei ei- *
- * nes Mannes oder einer Partei nicht mehr will. Gewonnen *
- * wurde diese Wahl von den Parteien, die dem Wähler offen *
- * erklärt hatten, sie wollten den alten durch einen neuen *
- * Stil der deutschen Politik ablösen, sie wollten, dass *
- * unser Volk mit weniger Gerissenheit, dafür aber mit mehr *
- * Anständigkeit und Ehrlichkeit regiert wird. *

In diesem Sinne ist das Wahlergebnis vom 17. September zu allererst ein Sieg der deutschen Demokratie.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat damit ihr Nahziel erreicht. Sie gewann zwei Millionen Stimmen, verdoppelte die Anzahl ihrer Direktmandate und verwies somit die CDU/CSU in ihre Schranken. Diese Partei wird jetzt erkennen müssen, dass sie nicht allein der Staat ist, sondern eine politische Partei wie die anderen, die in einem ständigen Wettbewerb miteinander stehen und sich in das Spiel aller demokratischen Kräfte einschalten muss.

Die FDP verzeichnet bei dieser Wahl beachtliche Gewinne. Sie konnte ihren Stimmenanteil von 7,7 auf 12,7 Prozent erhöhen. Ohne Zweifel kam der FDP der Wunsch vieler Wähler zugute, keine der grossen demokratischen Parteien mit absoluter Mehrheit an der Spitze zu sehen.

Die kleinen Parteien werden im Bundestag nicht vertreten sein; auch nicht die Gesamtdeutsche Partei, die aus der Fusion des BHE mit der DP hervorgegangen war. Die Vorstellung, dass diese Kombination zur politischen Realität werden könnte, hat sich als falsch erwiesen. DFU und DRP erhielten von den Wählern die Bescheinigung, dass sie nicht erwünscht sind.

Es ist verständlich, wenn schon in der Nacht vom Sonntag zum Montag die gewagtesten Spekulationen über eine zukünftige Regierungsbildung

angestellt wurden. Der Regierende Bürgermeister und Kanzlerkandidat der SPD, Willy Brandt, erklärte mit Recht, dass die von seiner Partei im Wahlkampf vertretene Forderung nach einem Höchstmaß von Gemeinsamkeit bei der Bewältigung der grossen Aufgaben unserer Nation auch jetzt ihre Gültigkeit behalte.

Der Wille zur Gemeinsamkeit spiegelt sich auch in dem Wahlergebnis wider, denn wenn die Wähler gewollt hätten, dass die CDU/CSU allein die politische Führung in der Bundesrepublik behält, hätten sie nicht den Parteien zum Siege verholfen, die gerade wegen der Entwicklung der Aussen- und Deutschland-Politik der bisherigen Bundesregierung offen gesagt haben, dass eine neue Art des Zusammenwirkens aller demokratischen Parteien in den nationalpolitischen Fragen gefunden werden müsse.

Es ist damit zu rechnen, dass in den nächsten Wochen und Monaten das Berlin- und Deutschlandproblem, das Ringen um die Lösung der damit im Zusammenhang stehenden internationalen Fragen im Mittelpunkt auch der deutschen Politik stehen wird. Was hierüber schon vor der Wahl bekannt wurde, genügt, um zu ermessen, dass es der konzentrierten Kraft aller demokratischen Elemente unseres Volkes bedarf, um in diesem Ringen bestehen zu können. Keine Partei wird allein in der Lage sein, unseren Freunden im Westen Ratentrepte vorzulegen. Alle werden zusammenstehen müssen.

Es wird nicht mehr so sein können, dass ein Bundeskanzler oder ein Aussenminister unabhängig von der Meinung der berufenen Vertreter der anderen demokratischen Parteien genügend Gewicht haben dürften, um den Willen der tragenden politischen Kräfte der Bundesrepublik mit Erfolg zu repräsentieren. Weder in Washington noch in London oder Paris würde man es verstehen, wenn die Meinungsäußerung von vielen Millionen Wählern ausser acht gelassen wird.

- * Deshalb müsste die Deutsche Sozialdemokratie nach diesem *
- * Wahlergebnis den Versuch anderer Parteien, die Gestaltung *
- * des Schicksals unseres Volkes dem Zufall kleinlicher und *
- * parteiegoistischer Ränkespiele zu überlassen, als eine *
- * unmittelbare Gefährdung der Möglichkeiten einer wirkungs- *
- * vollen Vertretung der deutschen Interessen betrachten. *
- * B e v o r man parteipolitische Arithmetik treibt, soll- *
- * ten die im Bundestag vertretenen Parteien zunächst die *
- * politischen Tatbestände klären und gemeinsam untersuchen, *
- * wie eine gute deutsche Politik sein muss. *

Wenn das Wahlergebnis vom 17. September einen Sinn haben soll, wird die neue politische Kräfteverteilung in der Bundesrepublik in der Gestaltung der deutschen Politik ihren Ausdruck finden müssen. Geschieht dies nicht, dann hätte die deutsche Demokratie trotz des Bekenntnisses der Staatsbürger zu einem Höchstmaß an Gemeinsamkeit doch eine Schlacht verloren. An der Deutschen Sozialdemokratie soll es nicht liegen, dass dies eintritt.

Willy Henneberg ist nicht mehr

Im Gedanken an den Präsidenten des Berliner Abgeordnetenhauses

sp - "Die Entsendung der Berliner Vertreter in den Bundestag ist Ausdruck des Willens und der Forderung der Berliner, an diesen Beziehungen nicht rütteln zu lassen, sondern sie unter dem Schutzdach der drei Westmächte eher noch zu festigen". Als der 63-jährige Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses, Willy Henneberg, am Sonntag bei der Wahl der Berliner Abgeordneten zum Bundestag diesen Satz gesprochen hatte, brach er bewusstlos zusammen. Alle Bemühungen waren vergebens, Willy Henneberg starb kurz danach.

Der Tod dieses aufrechten Mannes und die Umstände, unter denen er von uns ging, haben nicht nur seine Berliner Freunde zutiefst erschüttert, auch in der Bundesrepublik trauern viele um ihn. Der Elektromeister Henneberg gehörte seit seiner frühesten Jugend der Sozialdemokratie an. Er hatte erkannt, dass im Bündnis der Schaffenden die grosse politische Kraft unseres Volkes liegt. Stets ausgleichend wirkte er in seinem Freundeskreis und erwarb dort jene Eigenschaften, die ihn zum Präsidenten des Parlaments der deutschen Hauptstadt geradezu prädestinierten. Die schwierige Situation in Berlin liess den Verstorbenen an seiner Aufgabe wachsen. Wenn Not am Mann war, konnte sich jeder auf Willy Henneberg verlassen. Ein treffendes Wort im richtigen Augenblick glättete oft die Wege, und mit ruhiger Selbstsicherheit wusste Willy Henneberg auch dann das Parlament zu steuern, wenn kritische Situationen gemeistert werden mussten.

Der Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses war schon seit längerer Zeit leidend. Er empfand es jedoch als unerträglich, nicht mit dabei zu sein, als sich in den vergangenen Wochen die Krise um Berlin immer mehr zuspitzte. Sein Verantwortungsgefühl liess ihn nicht ruhenwo-meinende Ratschläge liess er unbeachtet.

Der Tod von Willy Henneberg reiss eine tiefe Lücke in die Reihen jener Männer, die unbeirrt von allen Fährnissen das Banner der Freiheit in Berlin hochhalten! Die Deutsche Sozialdemokratie verneigt sich in Ehrfurcht vor dem Präsidenten des Berliner Abgeordnetenhauses; sie dankt ihm für sein vorbildliches Leben im Dienste der grossen Gemeinschaft. + + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel